

Andreas Müller

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linkefraktion-mkk.de

23. Mai 2009

Schutzschirm für die Menschen 23.000 Hartz IV Bezieher im Main-Kinzig-Kreis sind nicht systemrelevant !

„Die Menschen im Main-Kinzig-Kreis sind entweder nicht systemrelevant oder die Großkoalitionäre haben der Krise einfach die Tür vor der Nase zugeschlagen“, stellt der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag Andreas Müller fest. Wie anders ist es zu erklären, dass die Parteien, die die Krise verursacht haben einen Antrag „Schutzschirm für die Menschen“ in der nächsten Kreistagsitzung von der Tagesordnung nehmen wollen. Anscheinend ist dem Fraktionsvorsitzenden der SPD Krätschmer die Sonderschau der Wächtersbacher Messe zu Kopf gestiegen. Denn statt dem LINKEN Antrag soll eine Resolution der SPD Fraktion verabschiedet werden, in der Landrat Erich Pipa wie der indianische Schamane des Kreises dargestellt wird, der die Wirtschaftleistungen nur beschwören muss und alles wird gut, so die LINKEN.

Im Zuge der dramatischen Wirtschaftskrise schrumpfen auch die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden in den Jahren 2009 und 2010 drastisch. Gegenüber den zurückliegenden Steuerschätzungen, die die Grundlage der bisherigen Haushaltsplanungen, auch des Main Kinzig Kreises, darstellten, sind die Rückgänge noch dramatischer. 2009 werden voraussichtlich 45 Milliarden Euro weniger eingenommen als noch im letzten Jahr geschätzt, 2010 85 Milliarden Euro weniger. In der Summe ergeben sich bis 2012 bundesweit Mindereinnahmen von weit über 300 Milliarden Euro, die auch den Main Kinzig Kreis hart treffen werden.

Vor diesem dramatischen Hintergrund hat die LINKE beantragt, dass der Kreistag eine parteiübergreifende Initiative für eine Staatsgarantie für die Leistungen der Sozialversicherungen starten sollte. Diesen Antrag gar nicht zu diskutieren und mit dem Scheinargument, dies sei nicht Sache des Kreistages, von der Tagesordnung zu nehmen, das ist ein Schlag in das Gesicht der rund 23.000 Bezieher von Hartz IV Leistungen im Main Kinzig Kreis, so Müller.

Die LINKEN sind der Meinung, dass wenn die Bundesregierung wirklich eine Garantie für die Rente abgeben will, das gut sei, aber nicht ausreichend. Hinzu komme, dass selbst diese Garantie durch Verzicht auf Rentensteigerungen von den Rentnern selber finanziert werde. Müller weiter; „Wir brauchen eine Staatsgarantie für alle Leistungen der Sozialversicherungen. Die Menschen wollen Sicherheit darüber, ob Kürzungen bei Rente, Gesundheit, Pflege oder Arbeitslosigkeit drohen. Wir brauchen eine parteiübergreifende Initiative für einen sicheren Sozialstaat in der Krise. Keine Kürzung bei Sozialversicherungsleistungen. Keine neuen Belastungen für Versicherte. Keine Kürzungen bei Hartz IV.“ Sollte es bei den Sozialleistungen zu weiteren Kürzungen kommen, drohen dem Haushalt des Kreises zusätzliche unkalkulierbare Belastungen. Diese Belastungen können weder durch die Kreise und Kommunen getragen werden, noch durch die Menschen. Schon heute sind die vor kurzem beschlossenen Haushalte Makulatur. Es stehen gewaltige Mehrausgaben an, die durch die Krise auf die öffentlichen Haushalte zukommen. Allein die Kosten der Bankenrettung betragen mehrere hundert Milliarden Euro, hinzu kommen höhere Sozialleistungen in Folge steigender Arbeitslosigkeit. Finanzminister Steinbrück schätzt, dass 2009 der Bund 50 Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufnehmen muss, 2010 weitere 90 Milliarden.

Es droht eine „Agenda 2020“ – eine neue Runde der Sozialdemontage, noch weit brutaler als seit 2003. Dies hätte dramatische Folgen für die Menschen im Main-Kinzig-Kreis. Insbesondere die rund 23.000 Bezieher von Hartz IV Leistungen, wären besonders betroffen. Statt der dringend notwendigen Erhöhung der Leistungen steht zu vermuten, dass weitere Einsparungen und Einschränkungen folgen werden. Doch die Krisenverursacher, namentlich CDU, SPD, FDP und GRÜNE scheinen die Parole ausgeben zu haben „Es existiert keine Krise im Main Kinzig Kreis, basta!!“

Seit der Verkündung der Agenda 2010 im Jahr 2003 wurden der deutsche Sozialstaat und die öffentlichen Investitionen bereits massiv geschrumpft. Dies hat nicht nur die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft schwer beschädigt. Ausgabenkürzungen und Personalabbau im öffentlichen Dienst haben in großem Umfang die Nachfrage geschwächt und Beschäftigung vernichtet.

Besonders gefährlich wird dies vor dem Hintergrund der neuen Schuldenbremse, die die große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit Unterstützung der FDP ins Grundgesetz schreiben will. Diese soll die Spielräume des Staates, zum Ausgleich unzureichender Einnahmen und für Investitionen in die Zukunft Schulden aufzunehmen, stark einschränken. In Zusammenwirken mit den sinkenden Steuereinnahmen in Folge der Krise wird ein Sachzwang aufgebaut, darauf mit einer massiven Senkung öffentlicher Ausgaben zu reagieren.

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Main-Kinzig

gez. Andreas Müller
Fraktionsvorsitzender